

Das Desaster der Energiewende – und die Rolle der Medien

Welt, 20.05.2023, Frank Lübberding

<https://www.welt.de/kultur/plus245390932/Patrick-Graichen-Das-Desaster-der-Energiewende-und-die-Rolle-der-Medien.html>

Mit dem Skandal um Patrick Graichen wurde ein Blick ins Dickicht hinter die Kulissen der Energiewende möglich, der ihr Scheitern fast unausweichlich erscheinen lässt. Das Projekt ist der Borniertheit seiner Protagonisten zum Opfer gefallen – wobei auch die Medien eine Schlüsselrolle spielten.

Papier ist bekanntlich geduldig. Das gilt umso mehr für Koalitionsverträge, die vor allem aus der Formulierung guter Absichten bestehen. Zumeist holt sie die Wirklichkeit schneller ein, als es den zukünftigen Koalitionären lieb ist. Ein schönes Beispiel lieferte uns die Berliner Ampelkoalition im Jahr 2021. Deren gute Absichten in der Energiepolitik fielen schon wenige Monate später der von Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ zum Opfer.

So plante die Bundesregierung „den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und die Errichtung moderner Gaskraftwerke, um den im Laufe der nächsten Jahre steigenden Strom- und Energiebedarf zu wettbewerbsfähigen Preisen zu decken“. Mit der Unterbrechung der russischen Gaslieferungen war die Idee „wettbewerbsfähiger Preise“ aber zum Wunschtraum geworden, allein erfüllbar in der Traumfabrik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesrepublik Deutschland. Dort wurde in den vergangenen Wochen dokumentiert, wie unsere Energiewende in der Praxis funktioniert. Das geschah allerdings ungewollt, weil sich der vom Minister Robert Habeck ins Haus geholte Staatssekretär Patrick Graichen für unantastbar hielt. Ansonsten ist nicht zu erklären, warum Graichen seinen langjährigen Freund, Mitstreiter bei der Agora Energiewende und Trauzeugen Michael Schäfer unter Missachtung aller geltenden Regeln an die Spitze der Deutschen Energie-Agentur (Dena) setzen wollte. Das im Jahr 2000 gegründete Unternehmen wird vom Bund finanziert und ist Teil eines Netzwerks zur Förderung der Energiewende. Es ist ein treffendes Beispiel dafür, wie dieses in der Praxis funktioniert.

Die Dena ist allerdings nur ein kleiner Teil dieses Netzwerks. Patrick Graichen, nun von Robert Habeck nach langem Festhalten entlassen, ist zum Symbol geworden – für das Zusammenspiel von Politik, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Medien in der Praxis. Es ist ein politisch-ökonomischer Komplex im Multi-Milliardengeschäft Energiewende entstanden: Die Politik bestellt ein Gutachten. Das Ergebnis unterstützt die Politik der staatlichen Auftraggeber. Nichtregierungsorganisationen machen Kampagnen zu deren Gunsten. Medien berichten darüber, womit auf allen politischen Ebenen maximaler Druck erzeugt wird, und damit schließt sich der Kreis.

Dieser politisch-ökonomische Komplex funktioniert als geschlossenes System, wo Widerspruch nicht vorgesehen ist. Unternehmen aus der Branche der erneuerbaren Energien brauchen Aufträge, Wissenschaftler finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Studien, Nichtregierungsorganisationen leben von staatlichen Förderaufträgen und der Großzügigkeit privater Spender. Entsprechend erfolgen die Funktionswechsel

beim Personal, wie es bei der Dena erkennbar wurde: Es wechselt von der Politik in die Wissenschaft, arbeitet dann in Nichtregierungsorganisationen, um anschließend in führenden Funktionen in der Ministerialbürokratie oder bei von der Politik finanzierten Unternehmen unterzukommen.

So ist ein undurchschaubares Dickicht entstanden, die der Politik eine vermeintliche Alternativlosigkeit in der Energie- und Klimapolitik vorgaukelt. Nur ist in der Politik nichts alternativlos.

Politik als Schlechtwetterzone

Aber welche Rolle spielen die Medien in diesem System? In der Debatte um den Patronage-Experten Graichen haben Medien immer wieder routiniert von einer Kampagne gesprochen, nicht zuletzt der Zeitungen des Springer-Verlags, zu dem auch WELT gehört. Das entspricht der bisherigen Praxis etwa in der Pandemie, wo die Diffamierung der Kritiker zum schlechten Ton gehörte. Daran beteiligten sich neben ARD und ZDF auch private Medien, die sich als Verlautbarungsorgane politischer Akteure missverstanden. Nur deshalb konnte ein Virologe wie Christian Drosten einer Arbeitsgruppe um Matthias Schrappe, die zu unwillkommenen Ergebnissen kam, damit drohen, dass „die Medien dieses und auch frühere Machwerke Ihrer Gruppe analysieren“.

Kritiker der unbegrenzten Zuwanderung wurden zu Rassisten und Nazis gestempelt, wer die Pandemiepolitik mit Lockdowns und Impfpflicht ablehnte, galt als Querdenker und Pandemieleugner, Kritiker der Klima- und Energiepolitik wurden zu Klimaleugnern. So wurde das politische Klima zur Schlechtwetterzone, weil es nur noch darum ging, eine offene Debatte zu verhindern.

In der Energiepolitik lassen sich die Folgen gut beobachten. Bekanntlich findet die Nutzung der Kernenergie in Deutschland schon seit Jahrzehnten kaum noch Unterstützung. Mit dem 2011 im zweiten Kabinett Merkel beschlossenen Atomausstieg galt das Thema als erledigt. Im Bundestag unterstützte lediglich noch die AfD eine weitere Nutzung der Atomenergie. Es dominierten die Energiewende-Netzwerke, die diese Form der Energiegewinnung ablehnten. Dieser Dogmatismus war allerdings eine deutsche Spezialität, die sich nur aus der westdeutschen Protestgeschichte erklären lässt. Die allein machtpolitisch motivierte Wende der Bundeskanzlerin von 2011 legte die Debatte endgültig still: Die Unionsparteien und die FDP wurden über Nacht zu Atomkraftgegnern.

So blieben nur wenige Wissenschaftler übrig, die überhaupt noch anders zu denken wagten. Dazu gehörten der Chemiker Rainer Moormann und die Technikhistorikerin Anna Veronika Wendland. Der 1950 geborene Moormann machte sich 2008 mit seiner Aufdeckung der Risiken des Kugelhaufenreaktors am Forschungszentrum Jülich als Atomkraftkritiker einen Namen. Frau Wendland, 1966 in Remscheid geboren, war schon in ihrer Jugend in der Anti-AKW- und Friedensbewegung aktiv. Über ihre wissenschaftliche Beschäftigung mit der „kerntechnischen Moderne“ fand sie zu einem anderen Verständnis der Atomkraft.

Schon im Jahr 2020 veröffentlichten die beiden ein Memorandum über die Kernenergie als Beitrag zum Klimaschutz. Das war immerhin originell genug, um in der „Zeit“ vom 15. Juli 2020 als Gastbeitrag zu erscheinen. Politisch war das Jahr

von anderen Themen geprägt: Die in der Pandemie verordneten Lockdowns hielten das Land fest im Griff. Das weckte zwar für einen Moment die politischen Lebensgeister der scheinbaren Großen Koalition. Im politischen Berlin interessierten sich trotzdem alle nur für die bevorstehenden Bundestagswahlen, wo das von vielen Journalisten sehnsüchtig erwartete schwarz-grüne Bündnis an die Macht kommen sollte. Optimisten hofften sogar auf ein Bündnis mit einem grünen Bundeskanzler.

„Atomkraft? Ja bitte!“

So nahm die Thesen von Moormann und Wendland niemand ernst. Bekanntlich kam es bei der Bundestagswahl 2021 wieder einmal anders als gedacht: Statt Armin Laschet oder Annalena Baerbock wurde der Sozialdemokrat Olaf Scholz Bundeskanzler. Zwar hatte die SPD 1986 den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, aber mit der Umsetzung hatte man es nicht besonders eilig. So monierte das „Öko-Institut Freiburg“ die Verflechtungen von Energiewirtschaft und Kommunalfinanzen als „grundlegende Hemmnisse für eine sozial und ökologisch orientierte Energiewende“, wie 1999 in der „taz“ zu lesen war.

Es ist das Institut, das 24 Jahre später mit familiärer Bande zu Graichen aufzuwarten wusste. Den Atomkonsens des ersten Kabinetts Schröder von 2000 handelte damals der inzwischen verstorbene Bundeswirtschaftsminister Werner Müller mit sich selbst aus. Als Entschädigung bekamen die Grünen mit ihrem Umweltminister Jürgen Trittin unter dem Titel „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ den Einstieg in die Subventionierung von Wind- und Sonnenenergie.

Dann kam mit dem Ukrainekrieg die Zeitenwende, die nicht nur den Koalitionsvertrag zur Makulatur machte. Plötzlich war sinnvoll, was Wendland und Moormann vor zwei Jahren vorgeschlagen hatten. Weiterbetrieb der noch funktionsfähigen sechs Atomkraftwerke – und neues Nachdenken über die Rolle der erneuerbaren Energien im deutschen Energiemix. Schließlich war die Vorstellung von Gaskraftwerken mit Strom zu „wettbewerbsfähigen Preisen“ endgültig vom Tisch.

Im März vergangenen Jahres veröffentlichte Frau Wendland ein Buch mit dem Titel „Atomkraft? Ja bitte! Klimawandel und Energiekrise: Wie Kernkraft uns jetzt retten kann“. Es ist eine der besten Neuerscheinungen der vergangenen Jahrzehnte zur deutschen Energiepolitik, gerade weil es nicht nur die zu Plattitüden geronnenen Erkenntnisse der deutschen Energiewende reproduziert. Zugleich hat Wendland ein modernes Verständnis von der sozialen Einbettung von Technologie.

Damit erklärt sie auch die krachende Niederlage der deutschen Atomlobby im politischen Diskurs seit den 1980er-Jahren. Deren Vertreter, zumeist Ingenieure, hatten ein naives technokratisches Verständnis der Atomkraft. Nach dem Ausstiegsbeschluss von 2011 gab es endgültig ein Monopol der Energiewende-Apologik. Es gibt also gute Gründe, sich mit diesem Buch ernsthaft auseinanderzusetzen.

Die große Entlarvung

Doch es passierte das Gegenteil: Schon vor dem Erscheinen recherchierte die Journalistin Annika Joeres im Umfeld von Frau Wendland. Ihr journalistisches Selbstverständnis hat Joeres in einem Interview im Jahr 2020 prägnant formuliert:

„Die Klimaschmutzlobby muss entlarvt werden – dann verliert sie ihre Wirkung.“ Das prägte auch ihre Recherchen zu Wendland. Wobei sie sich für deren Buch keineswegs interessierte: Es ging lediglich darum, die Autorin als Teil eines rechten Netzwerks zu entlarven. So habe Wendland für den Blog „Ach gut“ geschrieben, so der Vorwurf von Joeres in ihrem späteren „Zeit“-Artikel vom 31. März 2022. Über den dürfe „gerichtlich verbrieft gesagt werden, dass sein Geschäftsmodell auf ‚Hetze und Falschbehauptungen‘ beruht“.

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Niemand sollte deshalb die Seriosität der „Zeit“ infrage stellen, nur weil Joeres für Correctiv.org arbeitet, deren Geschäftsmodell man böswillig auch so verzerren könnte, dass es dort darum geht, vor allem die Fakten zu checken, die nicht ins eigene Weltbild passen. Zu studieren etwa in dieser Analyse einer Cochrane-Studie über die Wirksamkeit von Masken: Die Autoren beachten nicht einmal den Unterschied zwischen der epidemiologischen Wirksamkeit einer Maskenpflicht und dem individuellen Nutzen von Masken. Correctiv erschlägt bisweilen mediale Pappkameraden.

Joeres nun stellte vierzehn Fragen an Wendland, die sich mit ihren Unterpunkten allein darum drehten, die Glaubwürdigkeit der Autorin infrage zu stellen. Inhaltlich hätten sie sich zumeist erübrigt, wenn sich die Kollegin Joeres mit der Habilitationsarbeit von Wendland beschäftigt hätte – oder über Grundlagenwissen über die von Wendland in ihrer Forschungsarbeit genutzte Methode der „teilnehmenden Beobachtung“ verfügte.

Im Mittelpunkt standen deren Äußerungen in einer geschlossenen Facebook-Gruppe, die sich mit der Atomenergie beschäftigte. Sie ließ auch im Umfeld Wendlands recherchieren, um etwas zu finden, das als „Skandal“ ausgeschlachtet werden könnte. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Buch beschränkte sich auf die Einholung belangloser Zitate zum deutschen Atomausstieg. Die Motivation zur Veröffentlichung dieses inhaltsarmen Pamphlets in der „Zeit“ machte Joeres immerhin deutlich: Wendland fände „wie die gesamte Pro-Atom-Bewegung wieder Gehör, seitdem sie als Klimaschützerin auftritt, die Kohlekraftwerke durch AKW ersetzen“ wolle.

Fünfzehn Monate später ist dieser Artikel von Annika Joeres wieder interessant geworden. Staatssekretär Graichen hat sich mit der Bestellung seines Trauzeugen zum Dena-Geschäftsführer selbst „entlarvt“. Plötzlich steht der politisch-ökonomische Komplex Energiewende im Scheinwerferlicht. Es wird ein verschachteltes System von Interessengruppen sichtbar, die als Netzwerk ihre Politik durchsetzen. Dabei spielen auch journalistische Pamphlete zur Diskreditierung von Kritikern eine Rolle, die den diskursiven Monopolanspruch der Energiewende-Lobby bedrohen könnten. Man muss sich auch nur den Kontrast ansehen, wenn es um die Reaktionen auf einen kritischen Artikel über die Energieökonomin Claudia Kemfert geht.

Ann-Kathrin Nezik hat sie in der „Zeit“ vom 23. März porträtiert. Nezik's Porträt ist an Harmlosigkeit nicht zu überbieten, wenn man nicht gerade eine Hagiografie der am DIW beschäftigten Ökonomin für Journalismus verfasst. Es beschreibt die öffentliche Rolle Kemferts in der deutschen Energiepolitik, Nezik schildert ihre Eindrücke aus den Gesprächen mit Kemfert und anderen Ökonomen. Es geht auch um das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit und politischen Aktivismus.

Danach hat übrigens auch Joeres in ihrer Mail an Wendland gefragt: Ob „Sie Ihre in diesen Beiträgen zum Ausdruck kommende Rolle als politische Aktivistin für vereinbar mit Ihrer beruflichen Rolle als Wissenschaftlerin“ halte. Wendlands Antwort war aufschlussreich. Sie „mache nichts anderes als die ProfessorInnen Kemfert, Rahmstorf, Quaschnig oder Lesch“. Sie schlussfolgere „als Bürgerin“ aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass bestimmte Dinge getan werden müssten. Ihre wissenschaftlichen Publikationen müssten dagegen nach wissenschaftlichen Kriterien bewertet werden.

Anders als etwa Kemfert nutze sie auch nicht ihren „Status oder Nimbus als Wissenschaftlerin für Aussagen zur Kernenergie“. Wendland habe keinen: Sie sei nicht einmal „Professorin, sondern eine von zigtausenden kleinen wissenschaftlichen Mitarbeitenden im Maschinenraum unserer Unis und Forschungsinstitute“. Davon war bei Joeres leider nichts zu lesen. Sie beschäftigte sich lieber mit Fragen wie der, ob Wendland Kemfert einmal mit Leni Riefenstahl verglichen habe.

Unhinterfragte Gutachten

Dafür formierte sich nach der Veröffentlichung des eigentlich harmlosen „Zeit“-Artikels von Nezik gleich ein Solidaritätskomitee, um jede Kritik an Kemfert als eine Art Nestbeschmutzung zu verurteilen. Die drohende Klimakatastrophe habe schließlich „ein erdgeschichtliches Ausmaß“ und es „stünde der ‚Zeit‘ gut an, dies deutlicher herauszustellen“, hieß es in einem „Offenen Brief“ der „Scientists for Future“. Was angesichts der Leitartikel des stellvertretenden Chefredakteurs Bernd Ulrich ein absurder Vorwurf ist: Er macht kaum etwas anderes, als diese These in immer neuen Varianten zu verbreiten. Wendland fand keine vergleichbare Unterstützung, obwohl der Artikel von Joeres dem vorrangigen Zweck diene, ihre wissenschaftliche Reputation zu zerstören.

So beantwortet sich auch die Frage, welche Rolle manche Medien in diesem politisch-ökonomischen Komplex namens Energiewende spielen. In den vergangenen Tagen erlebten das die Zuschauer im ZDF. Es berichtete über ein Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU). Dort stehen Sätze, die dem Leser vertraut vorkommen. Über „Abwägungen der Politik“, ob „Menschen zu umweltfreundlichem Handeln“ gedrängt werden sollen, wenn „beispielsweise die Zeit zur Beseitigung von Umweltschäden drängt oder Verhaltensänderungen zusätzliche Vorteile versprechen“. Also etwa: das Auto stehenzulassen, um zu laufen oder Fahrrad zu fahren. Sachverständige und Experten versprechen hier mehr zu wissen, selbst bei Fragen, die jeder auch ohne sie entscheiden kann.

Aber wer sitzt in diesem Sachverständigenrat? Neben zwei Mitarbeitern des im politischen-ökonomischen Komplex Energiewende gut vernetzten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und zwei Experten des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ findet sich dort auch Claudia Kemfert. Das ist beim ZDF nicht zu lesen, weil ein Sachverständigenrat vermeintlich für sich selbst spricht. Dabei liest sich das 222-Seiten lange Gutachten wie eine Handlungsanleitung für den politisch-ökonomischen Komplex Energiewende, um die Gesellschaft in seinem Sinn umzugestalten. So sollte die Politik „vor den Hürden bei der Durchsetzbarkeit nicht zurückschrecken, denn ein gut abgestimmtes und sozial ausgewogenes

Maßnahmenbündel kann diese überwinden“. Dabei müsse „auch der Vollzug weiterentwickelt werden, da die Wirksamkeit sonst stark eingeschränkt“ sei. Wer will dem schon widersprechen, wenn es die Wissenschaft sagt?

Manche Medien verstehen sich in erster Linie als Schutzschild dieses politisch-ökonomischen Komplexes, mit der Aufgabe, eine kritische Debatte der dort formulierten Annahmen zu verhindern. Sie machen damit den gleichen Fehler wie die Atomlobby vor Jahrzehnten. In ihrem Memorandum aus dem Jahr 2020 zitieren Moormann und Wendland den Technikhistoriker Joachim Radkau, der zusammen mit seinem Co-Autor Lothar Hahn das Standardwerk zur Geschichte der deutschen Atomwirtschaft geschrieben hat.

Die Befürworter erneuerbarer Energien, so fassen Wendland und Moormann Radkaus Erkenntnisse zusammen, „müssten aus den Fehlern der Kernenergie-Protagonisten in Deutschland die richtigen Schlüsse ziehen. Dies betreffe vor allem die Modi, welche zum Aufbau eines erfolgreichen soziotechnischen Systems gehörten: prinzipielle Offenheit der Entwicklungspfade, Vermeidung selbstgemachter Lock-ins und Pfadabhängigkeiten, Reversibilität der Entscheidungen, Skepsis gegenüber Staatsförderung als Allheilmittel, ehrliches Bekenntnis zu Unsicherheiten und offenen Fragen.“

Als größte Gefahr für die Energiewende konstatierten Radkau und Hahn „ihr Diskursdefizit“. Genau das ist jetzt passiert: Mit dem Agieren des Bundeswirtschaftsministers und dem Drama um seinen Staatssekretär wurde ein Blick hinter die Kulissen möglich, der das Scheitern der Energiewende fast unausweichlich erscheinen lässt. Sie ist mithilfe unkritischer Medien der Borniertheit ihrer Protagonisten zum Opfer gefallen. Daran könnten nicht einmal mehr Rücktritte etwas ändern.

Aber der Journalismus könnte in Zukunft wieder das machen, was ihn in der Atomdebatte der 1970er- und 1980er-Jahre auszeichnete: kritisch hinzuschauen, wenn es sonst keiner tut.